

31.5. - 3.6. evian
anti-G8

Der Gipfel fällt ins Wasser!

Die Welt im Zeitalter der globalen Herrschaft des Kapitalismus ist eine Welt des Krieges und der Gewalt, eine Welt der schreienden Widersprüche zwischen hoffnungsloser Armut und Elend auf der einen und protzigem, obszönen Reichtum auf der anderen Seite. Sie ist geprägt von der fortschreitenden Unterwerfung aller natürlichen und menschlichen Ressourcen unter die kapitalistische Verwertungslogik, vom rapiden Abbau der letzten Reste sozialer Sicherheit und dem ebenso rapiden Aufbau immer neuer Formen der Überwachung, Repression und Disziplinierung.

Die G8-Gipfel stehen wie kaum ein zweites Ereignis symbolhaft für diese neue Weltordnung. Hier kommen die Regierungschefs der reichsten Industriestaaten sowie Rußlands zusammen und maßen sich an, über das Schickal von Milliarden Menschen auf der Welt zu entscheiden.

Doch diese Gipfeltreffen sind seit einigen Jahren auch zu Symbolen des Widerstandes und des Kampfes für eine andere, eine gerechte und solidarsche Welt geworden.

Vom 1. - 3. Juni 2003 will sich die selbsternannte Elite der Welt (mit einem Troß von mehr als 10.000 Personen) in dem kleinen französischen Ort Evian am Genfer See treffen, der bislang eher für sein Mineralwasser bekannt war.

Gegen dieses Treffen sind massive Proteste, Demonstrationen und Blockaden geplant, an denen sich Avanti - Projekt undogmatische Linke beteiligen wird.

Weitere Informationen dazu findet Ihr auf unserer Internetseite:

www.avanti-projekt.de

Mit der „Agenda 2010“ planen Bundeskanzler Schröder und die SPD-Spitze einen Sozialkahltschlag gewaltigen Ausmaßes. Die Maikundgebungen richten sich deshalb zu Recht gegen die geplanten Kürzungen. Wir werden heute laute und kämpferische Reden von GewerkschaftsfunktionärInnen hören, die „Widerstand“ ankündigen.

Aber machen wir uns nichts vor: Es ist zu befürchten, dass Schröders Erpressung die SPD-Linke auf Linie zwingen wird. Auch die „Gegenmobilisierung“ der GewerkschaftsfunktionärInnen wird halbherzig bleiben, da für eine offene Mobilisierung gegen eine SPD-geführte Regierung gegenwärtig neben der Kraft vor allem der Mut nicht ausreicht.

Das Motto der Maidemonstrationen „Reformen Ja - Sozialabbau Nein Danke“ zeigt einmal mehr, dass sich die Gewerkschaftsspitze nicht von der Ideologie des Marktes gelöst hat und einer grundsätzlichen Kritik an der gegenwärtigen neoliberalen Offensive weiterhin ausweicht.

Die SPD vertritt eben nicht die Interessen der Lohnabhängigen, sondern sie bekennt sich mit der „Agenda 2010“ unmißverständlich zum Lager des Kapitals und des Neoliberalismus. Die SPD-Linke wird sich daher entscheiden müssen, ob sie als politische Kraft wahrgenommen oder gemeinsam mit der Rest-SPD immer weiter nach Rechts driften will. Und auch die GewerkschafterInnen werden das jahrzehntelanges Bündnis mit der Sozialdemokratie kritisch hinterfragen oder aufkündigen müssen, wenn sie als Interessenvertretung der Lohnabhängigen noch ernst genommen werden wollen.

Die Herren der Rotstifte

Frontalangriff auf den Sozialstaat

Alle, die der Erklärung von Bundeskanzler Schröder zu den anstehenden Reformen genau zugehört haben, werden bemerkt haben, dass mit den angekündigten „schmerzhaften Einschnitten für alle“ eben längst nicht „alle“ gemeint waren und sind.

Diese „Reformen“, welche den Sozialstaat nicht „umbauen“, sondern ganz massiv abbauen, betreffen in erster Linie Erwerbstätige und Erwerbslose, Rentnerinnen und Rentner, sowie alle Menschen, die auf gesetzliche Krankenkassen angewiesen sind. Die Überreste des ehemals existenten Klassenkompromisses werden damit aufgekündigt und der Klassenkampf offen erklärt.

Die angekündigten und zum Teil auch schon formulierten Vorhaben lesen sich wie der Wunschzettel der Unternehmerverbände: Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und des Krankengeldes, Lockerung des Kündigungsschutzes, Lockerung des Handwerksrechts und Begrenzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld auf zwölf Monate. Demgegenüber stehen weitere Erleichterungen für transnationale Konzerne und große Vermögen im Allgemeinen. Während sich die herrschende Klasse die Hände reibt, verschlech-

tern sich für die meisten Menschen die Lebens- und Erwerbsbedingungen weiter.

„Reformen“ gegen Arbeitslose und Beschäftigte

Diese neuen Gesetze vermitteln den Eindruck, als ob sie in erster Linie die Erwerbslosen betreffen würden. Ausgeblendet wird allerdings, dass sie ebenso die Situation der Erwerbstätigen verschlechtern.

Auf dem Arbeitsmarkt wird es in Zukunft die Möglichkeit für Unternehmen geben, Stammbelegschaften gegen LeiharbeiterInnen mit minimaler sozialer Absicherung auszutauschen, was de facto sichere Arbeitsplätze in miese Beschäftigungsverhältnisse umwandeln wird. Auch diese Flexibilisierung wird keine neuen Arbeitsplätze schaffen, sondern führt zu einem verstärktem individuellen Druck auf Lohnabhängige. So sind im Zweifelsfall nicht die Unternehmen oder die Regierung schuld an der prekären Arbeitsmarktsituation, sondern die Menschen einfach zu „unwillig“, „unflexibel“ oder gar „zu faul“. Anstatt aktiver Arbeitsmarktpolitik setzen sowohl Bundes-

>>> weiter auf der letzten Seite >>>

Der „Neue Kurs für Lübeck“ und wie die CDU zu stoppen ist:

Dem schwarzen Rathaus die rote Karte zeigen !

Kaum gewählt, geht die neue CDU-Bürgerchaftsmehrheit auf Konfrontationskurs:

- Im Frauenbüro soll eine Leiterinnenstelle gestrichen werden. Damit setzt die CDU ein Zeichen gegen Frauenrechte und Gleichstellungspolitik.
- Der Gesamtschule Schlutup werden bereits zugesagte Mittel für einen dringend benötigten Anbau wieder gestrichen. Dahinter steht weniger Sparsamkeit als die ideologische Feindschaft gegenüber einer Schulform, die von immer mehr Eltern für ihre Kinder gewünscht wird.
- Lübecks historische Altstadt soll wieder von Blechlawinen verstopft werden. Der Koberg, einer der schönsten Plätze Norddeutschlands, soll zum Parkplatz degradiert werden.
- Mit Videokameras auf öffentlichen Plätzen und in Bussen soll Lübecks Weg in den Überwachungsstaat beginnen. Kriminalitätsfurcht wird geschürt und dann zur Rechtfertigung von immer neuer Überwachung und Repression genutzt.
- Sprayer, Punks und weitere Gruppen geraten ins Visier der Bekämpfung von abweichendem Verhalten, während gleichzeitig Jugendzentren - wie z.B. in Moisling - geschlossen werden sollen.
- und dann will die CDU auch noch die „Alternative“ schliessen oder vertreiben. Sie attackiert damit ein weit über die Stadtgrenzen anerkanntes Kulturzentrum, das seit nunmehr 25 Jahren aus Lübeck nicht mehr wegzudenken ist.

Der Wahnsinn hat Methode

Diese Politik der CDU in Lübeck ist weit mehr als ein Amoklauf, der aus dem Überschwang der frisch gewonnenen abosulten Mehrheit resultiert. Ein Blick über die Stadtgrenzen von Lübeck hinaus zeigt, dass auch in anderen Städten - wie z.B. Kiel - von der CDU die gleichen Themen auf die Tagesordnung gesetzt und mit der gleichen Rücksichtslosigkeit umgesetzt werden.

Überall geht es um die Ausgrenzung und Stigmatisierung von Minderheiten, das Schüren von Kriminalitätsfurcht, der dann mit Videoüberwachung und ähnlichen Orwellschen Visionen be-

gegnet werden soll. Und überall geht es natürlich um rücksichtslosen Sozialabbau, um Stellenstreichungen bei sozialen Projekten, um die Zurichtung der Städte für die Bedürfnisse von „Investoren“ auf Kosten der Mehrheit der Menschen, die in den Städten leben.

Diese Politik ist die Umsetzung des Neoliberalismus auf die kommunale Ebene. Sozialpolitik, Jugendprojekte, Umweltschutz usw. werden zu unbezahlbarem Luxus erklärt. Repression und Überwachung treten zunehmend an die Stelle von Integration und Hilfe. Privatisierung ist das Allheilmittel für die kommunale Finanznot, obwohl doch inzwischen alle wissen sollten, dass diese Politik nur Kapitalinteressen bedient, den Gestaltungsspielraum der Kommunen aber massiv einengt und für die Haushaltssanierung nichts bringt, da den kurzfristigen Einnahmen die langfristigen Einnahmeausfälle gegenüber stehen.

Von Hamburg lernen ...

Das Vorbild der „neuen“ CDU-Kommunalpolitik ist offensichtlich der Schwarz-Schill-Senat in Hamburg. Dort wird seit nunmehr zwei Jahren wie in einem Laboratorium ausprobiert, wie offensiv und skrupellos sich Sozialabbau, Vertreibungspolitik und repressive Innenpolitik durchsetzen lassen. Genau wie jetzt in Lübeck oder Kiel hat der Hamburger Senat beinahe alle sozialen Projekte und Gruppen gleichzeitig gegen sich aufgebracht und hat mit der Räumung des Bauwagenplatzes „Bambule“ ein Symbol für diese neue Rücksichtslosigkeit geschaffen. Bis jetzt hat der Hamburger Senat alle Proteste und Widerstände an sich abprallen lassen und hat - statt politisch auf auf die massiven Proteste einzugehen - die Situation quasi militärisch von der Polizei auf der Straße lösen lassen.

Die Ähnlichkeiten im Vorgehen sind alles andere als zufällig. Bereits im Vorfeld hatten sich die Lübecker CDU-Spitzen mit Hamburgs Bürgermeister Ole von Beust getroffen und dabei die politischen Ratschläge erhalten, die jetzt mit Videoüberwachung, der Vertreibung der „Alternative“ oder dem Vorgehen gegen die Gesamtschu-

len in die tat umgesetzt werden. Wann - wie jetzt in Hamburg geplant - Arbeitslose und SozialhilfeempfängerInnen den Anspruch auf ganztägige Kindergartenplätze verlieren, ist wahrscheinlich nur noch eine Frage der Zeit.

Das Hamburger Beispiel sollte uns zuerst Warnung sein: Die Veränderungen kommen nicht schleichend und scheinbarweise, sondern die CDU bläst zum Generalangriff auf alles, was nicht in ihr reaktionäres Weltbild paßt. In Hamburg hat sich zudem gezeigt, wie sehr die CDU offenbar bereit ist, die Auseinandersetzungen eskalieren zu lassen, wie sie diese Eskalation geradezu sucht. Es wird also nicht einfach sein, die Angriffe auf soziale Projekte und Errungenschaften abzuwehren. Wir werden uns auf harte Zeiten einstellen müssen.

Ein breites, solidarisches und kämpferisches Bündnis schaffen !

Hamburg hat aber auch gezeigt, dass Widerstand gegen diese reaktionäre Politik möglich ist. Die mit dem Namen „Bambule“ verknüpften Proteste und Aktionen haben über Monate hinweg Tausende von Menschen auf die Straßen gebracht und haben zu gemeinsamen, solidarischen Aktionen unter der - frechen, aber im Kern richtigen - Parole „Die Regierung stürzen“ geführt.

Eine ähnliche Mobilisierung ist auch in Lübeck möglich, bzw. zeichnet sich bereits ab. Mit dem Versuch, die „Alternative“ zu vertreiben, greift die CDU auch in Lübeck ein Projekt mit hohem Symbolwert an. Die Verankerung der „Alternative“ in Lübecks politischer und kultureller Landschaft ist dabei noch weitaus stärker, als dies bei der „Bambule“ in Hamburg der Fall war und ist.

Aber Hamburg zeigt auch dies: Es ist notwendig zu einer echten, offenen und solidarischen Zusammenarbeit aller Gruppen und Initiativen zu kommen, die von Angriffen und/oder Kürzungen bedroht sind. Die Schwäche der „Bambule“-Aktionen in Hamburg war, dass sie sich nach der anfänglichen Breite und Offenheit wieder auf Szenepolitik zurückgezogen haben, und die Bereitschaft zu einer echten und dauerhaften Zusammenarbeit mit anderen Richtungen und Bewegungen zu kommen, unterentwickelt ist.

Diesen Fehler dürfen wir in Lübeck nicht wiederholen. Der Kampf um den Erhalt der Walli wird mit Sicherheit zum stärksten Symbol im Kampf gegen den „neuen Kurs“ der CDU werden. Aber dieser Kampf muss ständig mit anderen bedrohten Projekten und Bereichen (wie z.B. den städtischen Jugendzentren) verbunden werden, um sich nicht zu isolieren.

Umgekehrt werden die sozialen Projekte erkennen müssen, dass nur in gemeinsamer, solidarischer Aktion eine Chance liegt. Die Zeiten, wo es in erster Linie darum ging, die Mittel und Stellen für das eigene Projekt zu erhalten - und sei es auf Kosten anderer - sind vorbei. Die CDU bläst zum Generalangriff - entsprechend müssen wir auch die Verteidigung organisieren.

Die Regierung stürzen - überall !

Bündnis gegen Sozialkahl Schlag
Erstes Treffen: Donnerstag, 15. Mai, 18 Uhr
Café im Arbeitslosenzentrum, Schwartauer Allee 39-41 (Hinterhof)



Für den Erhalt der "alternative" am jetzigen Standort !

Seit 25 Jahren gibt es in Lübeck ein einzigartiges Zentrum kultureller und politischer Vielfalt: die alternative. Wir, die Unterzeichnenden, fordern von den politisch Verantwortlichen in Lübeck, die "alternative" am jetzigen Standort langfristig zu erhalten. Mietvertragsverlängerung jetzt!

Nr.	Name	Adresse	Unterschrift	Kontakt (eMail, Tel/Fax) *	Beruf / Funktion *
1					
2					
3					
4					
5					
6					
7					
8					
9					
10					
11					
12					
13					
14					
15					

* Wer seine eMail-Adresse angibt, erhält regelmäßig Infos über die Kampagne zum Erhalt der "alternative" und Einladungen zu wichtigen Veranstaltungen oder Aktionen. Euren Beruf oder Eure Funktion brauchen wir evtl. für besondere Öffentlichkeits-Aktionen (wie z.B. "100 LehrerInnen für die Walli"). Vor der Veröffentlichung Eures Namens würden wir Euch aber in jedem Fall noch einmal fragen - auch dafür ist ein Eintrag bei "Kontakt" wichtig!

Volle Liste bitte umgehend zurück an: Alternative Tagungsstätte e.V., Willy-Brandt-Allee 9, 23554 Lübeck

www.walli-bleibt.de / info@walli-bleibt.de

regierung als auch die Opposition auf repressive Maßnahmen gegen Erwerbstätige und Erwerbslose.

Die Regierung ist nicht wirklich an der Lösung der Beschäftigungsproblematik und daran, dem neoliberalen Kurs Einhalt zugebieten, interessiert. Sonst würde sie zumindest die fixe Idee eines ausgeglichenen Bundeshaushaltes aufgeben und sich nicht selbstgeschaffenen Sachzwängen wie z.B. den „EU-Konvergenzkriterien“ unterwerfen. Stattdessen würde sie aktive Arbeitsmarktpolitik z.B. in Form eines steuerfinanzierten „öffentlichen Beschäftigungssektors“, der soziale, kulturelle und ökologische Arbeit beinhaltet, betreiben.

Da dem nicht so ist, wird als Folge dieser Entwicklung die Arbeit von Gewerkschaften in Betrieben zunehmend erschwert. Stammbelegschaften werden nach und nach durch LeiharbeiterInnen ausgetauscht, was die Basis für gewerkschaftliche Organisation und damit einhergehend Arbeitskämpfe stark einengt.

Militarismus statt Sozialstaat

Diejenigen, die noch nach dem Zerfall des Ostblockes von einer kommenden Welt des Friedens und Reichtums redeten, sollten spätestens jetzt 14 Jahre später, die Realität erkennen. Es widerspricht schlicht der kapitalistischen Verwertungslogik für eine Welt zu sorgen, in der alle Menschen ohne Krieg und Hunger leben können. Die aktuellen Unruhen in Argentinien, sowie die Angriffskriege gegen Afghanistan und Irak sind nur der Vorgeschmack einer neuen Weltordnung. Einer neuen Weltordnung, die auf dem Recht der ökonomisch und militärisch Stärkeren beruht.

So werden auch in der BRD getreu dem neoliberalen Dogma die öffentlichen Kassen kaputt gespart. Da die Staatsschulden abgebaut werden sollen, gleichzeitig aber eine höhere Besteuerung der großen Konzerne und Vermögen nicht in Betracht gezogen wird, müssen die Sozialleistungen beschnitten und die öffentlichen Investitionen heruntergefahren werden. Dieser zusätzliche Nachfrageausfall verstärkt die Krise und erhöht die Arbeitslosigkeit weiter. So werden auch „Reformpläne“ a la Rürup (Zuständig für die Demontage des Gesundheitssystems) und Hartz (Zuständig für die Demontage der sozialen Sicherungssysteme) weder kurz- noch langfristig zur Verbes-

serung der Lebensbedingungen der Menschen beitragen. Im Gegenteil. Die sozialen Widersprüche nehmen weiter zu. Während auf der einen Seite u.a. im Gesundheits- und Bildungsbereich ein rigider Sparkurs vorherrscht, wird der Haushalt für Militär und „innere Sicherheit“ weiter aufgestockt. Das von der Regierung ausgegebene Ziel, den Staat zu entschulden, wird allein schon hierdurch ad absurdum geführt. Dennoch passt auch dieses Vorgehen in die neoliberale Gesamtkonzeption. Einerseits um „im inneren“ den aus den zunehmenden sozialen Spannungen resultierenden „Anforderungen“ gewachsen zu sein und zum anderen um die nationalen imperialistischen Interessen auch offensiv im Ausland vertreten zu können. In diesem Zusammenhang ist auch die massive Aufrüstung im Rahmen der Europäischen Union für eine gemeinsame Interventionsarmee zu sehen, die in den nächsten Jahren noch etliche Milliarden Euro verschlingen und weitere Einschnitte in das soziale System „recht fertigen“ wird. So wird am Ende dieser Entwicklung der historische Treppenwitz stehen, dass die Sozialdemokraten eben jenen Sozialstaat abschaffen, der vor über 100 Jahren als Zugeständnis an die erstarkte ArbeiterInnenbewegung geschaffen wurde.

fensiv führen, auch von unserer Seite anzunehmen. Pläne, wie Schröder, Hartz oder Rürup sie uns offerieren, zeigen, dass weder die Regierung noch Unternehmensverbände dazu bereit sind, den Menschen in diesem Land weiter Zugeständnisse zu machen. Es liegt also an uns, nicht nur die bestehenden sozialen Errungenschaften zu verteidigen, sondern auch längerfristig eine soziale Gegenmacht aufzubauen, die die Herrschenden unter Druck setzen kann. Nur auf der Basis einer lokal verankerten sozialen Gegenmacht, die sich aus Gewerkschaften und Teilen der „globalen außerparlamentarischen Opposition“ zusammensetzt kann es uns gelingen, der herrschenden Ideologie und der neoliberalen Globalisierung erfolgreich zu begegnen. Die Antworten auf Sozialabbau, sich stetig verschlechternde Arbeitsbedingungen, kapitalistische Globalisierung und die zunehmende Militarisierung im nationalen und internationalen Rahmen können nur von einer Bewegung kommen, die global für soziale Gerechtigkeit und Demokratie eintritt.

Ansätze solch einer Bewegung sind heute in der sog. „globalisierungskritischen Bewegung“ und der weltweiten Anti-Kriegsbewegung zu erkennen.

Es ist nun an uns sich an dem Aufbau einer Bewegung zu beteiligen, die sich in einer langfristigen Perspektive für einen demokratischen Sozialismus einsetzt und somit zeigt, dass der Kapitalismus nicht das letzte Kapitel der Geschichte ist.

„Was uns übrig bleibt...“

ist den Klassenkampf, den sowohl Regierung als auch Unternehmensverbände längst of-



Gelöbnis!!!

**16. Juni 2003:
Kein öffentliches
Gelöbnis auf dem
Hamburger
Rathausmarkt!**

**Wir wollen keine Marschmusik und
keine fackeltragenden Rekruten, die am
Hamburger Rathaus ihren Treueschwur leisten.**

**Kein öffentliches Gelöbnis, nirgendwo!
Bundeswehr abschaffen!**



**„Unsere Überzeugung war und ist, dass diese Gesellschaft
revolutionär verändert werden muss und dass die hierfür
notwendige gesellschaftliche Gegenmacht nicht allein aus
spontanen Bewegungen bestehen kann, sondern die Beteiligung
revolutionärer Organisationen braucht.“**

(aus dem AVANTI-Grundsatzpapier, 11.12.1999)

**www.avanti-projekt.de
info@avanti-projekt.de**

KIEL: c/o Ini-Zentrum, Schwefelstr. 6, 24118 Kiel, kiel@avanti-projekt.de

HAMBURG: c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg, hamburg@avanti-projekt.de

NORDERSTEDT: c/o SZ, Ulzburger Str. 6, 22850 Norderstedt, norderstedt@avanti-projekt.de

LÜBECK: c/o ALZ, Schwartauer Allee 39/41, 23554 Lübeck, luebeck@avanti-projekt.de

FLENSBURG: c/o Schlachtereier, Norderstr. 135, 24939 Flensburg, flensburg@avanti-projekt.de